

Der Verband Sonderpädagogik e.V. (vds) nimmt Stellung zu Äußerungen von Markus Söder bezüglich der Kinder- und Jugendhilfe sowie der Eingliederungshilfe in der Sendung Caren Miosga am 07.12.2025

Eingliederungshilfe-Leistungen sichern unsere demokratische Gesellschaft und für jede einzelne Person das Menschenrecht auf gesellschaftliche Teilhabe und Teilnahme ab – das Recht auf Selbstbestimmung und Selbstständigkeit bei Arbeit, Wohnen, Bildung und umfängliche politische Teilhabe dürfen nicht angetastet werden – sie sind kein Spielball von Haushaltskonsolidierungen.

Der Verband Sonderpädagogik e. V. (vds), Landesverband Bayern, stellt sich an die Seite aller Menschen mit Teilhabe-Unterstützungsbedarfen und fordert den Ministerpräsidenten auf:

Sprechen Sie bitte im Zusammenhang mit dem Menschenrecht auf Teilhabe und Inklusion nicht von Belastungen. Unterstützungsleistungen zur Sicherung von Teilhabe sind eine Grundlage unseres demokratischen Sozialstaats.

Machen Sie, sehr geehrter Herr Ministerpräsident Söder, deutlich, dass Menschen mit Behinderung auch künftig mit der für sie notwendigen Unterstützung rechnen können – darunter Kinder und Jugendliche, die auf Schulbegleitung, Therapie und Assistenz angewiesen sind, um am gesellschaftlichen Leben teilhaben zu können. Sie selbst sagten in der Sendung Caren Miosga am 07.12.2025, Sie wollen nicht „relativ theoretisch über die Schicksale der Menschen reden“, sondern müssten darauf achten: „dass ich die Menschen mitnehme“.

Jeder Form von Aussonderung und Exklusion trotz der geltenden Rechtsgrundlage der UN-Behindertenrechtskonvention wird sich der bayerische Landesverband Sonderpädagogik entschieden entgegenstellen.

Soll es allerdings um Bürokratieabbau und verbesserte Bearbeitungsprozesse zugunsten der anspruchsberechtigten Personen gehen, so finden Sie den vds an Ihrer Seite.

Der vds fordert Sie, sehr geehrter Herr Ministerpräsident, deshalb auf

- Kürzen Sie nicht bei Teilhabeleistungen!
- Kürzen Sie nicht bei Schulbegleitung, Therapie und Assistenz!
- Treten Sie durch Sprache und Handeln klar für Inklusion und Teilhabe ein – es ist Ihre gesellschaftspolitische Pflicht und Verantwortung und hält unsere demokratische Gesellschaft zusammen!